



Kiel, 17. Juni 2019

Nr. 145 /2019

Martin Habersaat:

Das Theater Lübeck darf kein zweiter Krisenfall werden

Zum vorzeitigen Rückzug des geschäftsführenden Direktors des Theaters Lübeck erklärt der kulturpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

„Die drei landesweit bedeutenden Bühnen in Kiel und Lübeck sowie das Landestheater werden über das Finanzausgleichsgesetz vom Land mit jährlich steigenden Mitteln bezuschusst. Gerade in Zeiten guter Tarifabschlüsse reichen Steigerungen von 1,5 Prozent allerdings nicht aus, um wachsende Personalkosten aufzufangen. Einschnitte im Personalbereich sind aber ohne Qualitätsverluste nicht mehr möglich und nicht mehr verantwortbar.

Die Schwierigkeiten des Landestheaters mit Unsicherheiten auf Seiten einiger Träger und jahrelangem Bangen um die Spielstätte in Schleswig haben zudem gezeigt, dass das aktuelle Modell besonderen Herausforderungen nicht flexibel genug begegnen kann.

Nun droht auch das erfolgreiche und vielfach ausgezeichnete Theater Lübeck ein Krisenfall zu werden, und der bisherige geschäftsführende Direktor, Christian Schwandt, wird deshalb im nächsten Jahr vorzeitig aufhören. Das ist ein Verlust für die Kulturszene in Schleswig-Holstein und ein Alarmsignal an die Kulturpolitik.

Vor genau einem Jahr hat die Landesregierung in ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage (Drucksache 19/803) mitgeteilt, dass ihr aus Lücker Sicht die finanziellen Probleme des Theaters eindringlich dargelegt wurden. Außer Gesprächen hat sie daraus keine Konsequenzen gezogen. Die Landesregierung muss sich mehr einfallen lassen, als auf die Verantwortung der Hansestadt Lübeck zu verweisen, die in den vergangenen zehn Jahren ihren Zuschuss an ihr Theater von 6,3 auf 10,4 Millionen € angehoben hat. Ein Blick ins CDU-Wahlprogramm könnte der

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Landesregierung hier weiterhelfen – und ist dringend angezeigt, wenn nicht schon wieder ein Wahlversprechen gebrochen werden soll.

Jetzt ist für die Landesregierung nicht der Zeitpunkt, sich in Vorfreude auf die Sommerferien entspannt zurückzulehnen.“